

Niederschrift

zur 20. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Ordnung und Umwelt
am Mittwoch, den 18.01.2023, um 17:30 Uhr
im Landratsamt Beeskow, Breitscheidstraße 7, Haus A, Raum 126/127

Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr Sitzungsende: 20:03 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 09. November 2022
4. Informationen aus der Verwaltung und Fragen
5. Aktueller Sachstand zu Bauvorhaben
6. 3. Ordnung zur Änderung der Ordnung über die Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die im Landkreis Oder-Spree zugelassenen Taxen (Taxentarifordnung)
Beschlussvorlage: 006/2023
7. Baubeschluss für die Sanierung und Erweiterung Juri-Gagarin-Oberschule in Fürstenwalde
Beschlussvorlage: 003/2023
8. Information zur Umsetzung des Klimaschutzkonzepts
9. Vorbereitung der nächsten Sitzung

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß, die Beschlussfähigkeit war gegeben.

Die Sitzungsleitung erfolgte durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Noack, und die zweite stellvertretende Vorsitzende, Frau Meyer.

Zu Beginn der Sitzung wurde eine Schweigeminute anlässlich des Todes von Herrn Thomas Hilpmann eingelegt.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung gab es keine Bemerkungen/Ergänzungen.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 09. November 2022

Zum Protokoll der Sitzung vom 09.11.2022 gab es keine Einwendungen/Bemerkungen.

zugestimmt

Zu TOP 4 Informationen aus der Verwaltung und Fragen

Herr Gehm informierte, dass in der vergangenen Woche das Ergebnis einer Prüfung des kommunalen Prüfungsamtes (Innenministerium des Landes Brandenburg) zu Investitionsvorhaben übermittelt wurde. Besonders geprüft wurden 3 große Investitionsvorhaben bezüglich der Vorbereitung, Planung und Ausführung. In Zusammenwirken mit der Kämmerei erfolgt die Auswertung der Hinweise, die Stellungnahme des Landkreises wird erstellt und ein Abschlussgespräch erfolgt später. Der Bericht wird Auswirkungen auf die zukünftige Planung, auch hinsichtlich der Gestaltung der Prioritätenliste, besonders bei der Darstellung der Kosten und der mittelfristigen Finanzplanung, haben.

Herr Driebusch, Amtsleiter Umweltamt, informierte, dass die Naturschutzbeiräteverordnung im Januar 2022 geändert und veröffentlicht wurde. Die Richtlinie des Landkreises zur Aufwandsentschädigung der Mitglieder im Naturschutzbeirat und deren Stellvertreter muss entsprechend überarbeitet und angepasst werden. Die Änderung betrifft das Sitzungsgeld, welches bisher 6,00 Euro betrug und nun auf 24,00 Euro als Mindestbetrag erhöht wurde. Die Differenz in 2022 muss noch nachgezahlt werden, ca. 1.100,00 Euro, die Mittel stehen noch zur Verfügung. Für die Folgejahre werden die Ansätze entsprechend angepasst.

Herr Gehm ergänzte, dass die geänderte Satzung zur Aufwandsentschädigung im nächsten Kreisausschuss und dann dem Kreistag zur Beschlussfassung vorgelegt wird

Zu TOP 5 Aktueller Sachstand zu Bauvorhaben

Frau Matuschak, Amtsleiterin Amt für Infrastruktur und Gebäudemanagement, informierte zum aktuellen Stand der Baumaßnahmen in den Bereichen Hochbau, Straßenbau und bei den Radwegen.

Die entsprechende Präsentation und die dazugehörigen Erläuterungen sind im Ratsinformationssystem eingestellt.

Frau Matuschak erläuterte die aktuellen Planungs- bzw. Baustände der einzelnen Maßnahmen in den Bereichen Hochbau, Straßenbau und Radwege-/Radwanderwegebau.

Anfragen/Bemerkungen gab es zu folgenden Punkten:

- Gestaltung der Autobahnauffahrt Freienbrink – die Autobahnauffahrt bleibt bestehen, wird zweispurig ausgebaut, in der Präsentation sind nur die Radwege ausgewiesen
- Nachfrage zu einem Radweg Diehlo-Möbiskrüge – Abstimmungsgespräch mit den betroffenen Kommunen, dem Landesbetrieb Straßenwesen und dem LOS, vereinbart wurde die Weiterführung der Ausführung, Grundlage ist die Bereitstellung von Daten durch den Landesbetrieb zur Beantragung von Fördermitteln – geteilte Baulast
- Bitte um zeitnahe Bereitstellung der Ausführungen- Einstellung in Session zugesagt

**Zu TOP 6 3. Ordnung zur Änderung der Ordnung über die Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die im Landkreis Oder-Spree zugelassenen Taxen (Taxentarifordnung)
Vorlage: 006/2023**

Es erfolgte eine kurze Vorstellung der Gäste:

Herr Noack, IHK Ostbrandenburg, Referent Verkehr

Herr Schulze, Taxiunternehmer Beeskow

Herr Zink, Mietwagenunternehmer, Vorsitzender des Verkehrsausschusses der IHK

Herr Gehm gab eine kurze Einleitung. Bereits 2022 wurde eine vorläufige Satzung erstellt, die dann verlängert wurde. Jetzt wird eine neu kalkulierte Taxentarifordnung vorgelegt. Die neue Tarifordnung beinhaltet eine erhebliche Steigerung der Entgelte, Grundlage der Berechnung waren vorgelegte Kalkulationen. Die Kosten haben sich uneinheitlich erhöht, es wurde nicht überall einfach ein bestimmter Prozentsatz zugeschlagen. Die Ordnung berücksichtigt die aktuelle Kostenstruktur und Kostensituation der Unternehmen um auf Dauer eine leistungsfähige Mobilität anbieten zu können. Konkrete Aussagen zu den allgemeinen Kostenentwicklungen in den folgenden Monaten und Jahren können natürlich nicht getroffen werden. Geplant ist, regelmäßig Neukalkulationen zu erarbeiten und bei Bedarf die Ordnung anzupassen. Hier sind auch die Unternehmen im Rahmen ihrer Berichtspflicht gefragt.

Herr Gehm würdigte die konstruktive Zusammenarbeit mit den Beteiligten.

Herr Rose, Amtsleiter Amt für Straßenverkehr und Ordnung, schloss sich den Ausführungen von Herrn Gehm an. Im Rahmen einer schwierigen, intensiven Arbeit auch unter Einbeziehung verschiedener Unternehmer wurde diese Ordnung entwickelt. Erfahrungen anderer Landkreise wurde auch nachgefragt. Es besteht die Verpflichtung, die Leistungsfähigkeit des Taxengewerbes aufrechtzuerhalten.

Anfragen/Bemerkungen gab es zu folgenden Punkten:

-Fürstenwalder Taxiunternehmen sehen die Ordnung kritisch, hätten gern eine größere Differenziertheit/Berücksichtigung der geschäftlichen Gestaltung der Unternehmen, Termine zur schriftlichen Beteiligung waren sehr knapp angesetzt – Unterschiede der Firmenstrukturen gibt es, Unterschiede bestehen auch auf Grund örtlicher Gegebenheiten (städtischer Bereich/Berliner Umland – Kleinstädte/ländlicher Bereich), alle Taxiunternehmen wurden zur Beteiligung aufgefordert bzw. der Entwurf der Ordnung zur Stellungnahme zugestellt – es gab keine Rückmeldungen, Beteiligung aus dem Fürstenwalder Bereich war sehr gering

-Taxiunternehmen sehen die Gefahr des Rückgangs der Inanspruchnahme auf Grund gestiegener Preise bzw. Rückgang des Leistungsumfanges der Unternehmen (z.B. Fahrten in den frühen Morgenstunden, späten Abendstunden, Wochenenden)

-Befürchtung Kalkulation nicht ausgewogen, konkretere Abstimmungen mit Kunden, Fahrgastverband und Taxiunternehmen noch notwendig - Kalkulation erfolgte auf der Grundlage der Kostenstruktur und der Einnahmestruktur von Unternehmen, Berechnung erfolgte auf der Grundlage rechtlich vorgegebener Kalkulationsgrundsätze

Herr Noack stimmte den Ausführungen von Herrn Gehm zu. Zum Termin Ende letzten Jahres gab es eine große Beteiligung seitens der Unternehmen. Das Abstimmungsgespräch war sehr konstruktiv, die Kalkulation wurde in den einzelnen Positionen ausdiskutiert. Seitens der Unternehmen wurden bei Kostenerhöhungen Zugeständnisse gemacht mit der Begründung, Fahrgäste nicht zu verärgern. Die Unternehmen haben sich damit geringere Gewinne zugebilligt. In Fürstenwalde sind viele Taxiunternehmen Einzelunternehmer, die den Mindestlohn nicht erwirtschaften. Im März 2022 stand es sehr kritisch für Verkehrsunternehmen aufgrund der Kraftstoffpreise, es hätte damals schon eine entsprechende Anpassung erfolgen müssen.

-Preiserhöhung für Kraftstoffe gab es bereits früher, Kalkulation Wagnis – Gewinn differenziert betrachten

-Formulierung „bargeldlose Zahlung ist zu vereinbaren“ – vor Fahrtantritt Absprache zur Zahlung, elektronische Zahlungsmittel nicht immer vorhanden bzw. funktionsfähig

-Formulierung „Übergabe einer Quittung auf Verlangen“ – technische Geräte zum Ausdruck einer Quittung gibt es, Einbau sehr kostenintensiv, Quittungen werden selten verlangt, eigentlich nur im Geschäftsbereich, alle Fahrten werden elektronisch aufgezeichnet – Abrechnung gegenüber Finanzamt

einstimmig zugestimmt

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1

**Zu TOP 7 Baubeschluss für die Sanierung und Erweiterung Juri-Gagarin-Oberschule in Fürstenwalde
Vorlage: 003/2023**

Die Einführung erfolgte durch Frau Matuschak.

Mit dem Grundsatzbeschluss vom 29.09.2021 wurde die Variante 3 bestätigt. Diese Variante wurde mit der Entwurfsplanung weitergeführt. Flächendefizite und Funktionsbedarfe sollten ausgeräumt und berücksichtigt werden. Die BNB-Zertifizierung musste nachträglich ebenfalls berücksichtigt werden.

Die Vorstellung der Entwurfsplanung erfolgte durch Herrn Gehre vom Büro PPS Architekten, für den Bereich Haustechnik erfolgte die Erläuterung von Herrn Schwiedersky vom Büro Integral Projekt anhand einer Präsentation.

Anfragen/Bemerkungen gab es zu folgenden Punkten:

- Einbeziehung Schüler in Planung – mehrere Abstimmungsrunden mit der Lehrerschaft, Präsentation mit Schülervetretern, Einbeziehung in der vorhergehenden Studie keine Aussage möglich
- positiv Verwendung Holz als Baustoff und Schaffung Treffpunkte im Haus
- Möglichkeit Kühlung der Unterrichtsräume – keine passive/aktive Kühlung aufgrund sehr hoher Investitionskosten möglich, Nutzung Nachtauskühlung durch Betrieb der Lüftungsanlage möglich
- Nutzung Flächenthermie – nicht anwendbar da enormer Kostenbedarf, auch durch neue Leitungssysteme im Haus
- Fläche für Montage einer PV-Anlage vorhanden/vorgesehen, Betreibung klären
- Vorlage Wirtschaftlichkeitsberechnung/Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, Lebenszykluskosten und Folgekosten aus dem späteren Betrieb, Ergänzung Betriebskostenübersicht – Berechnung Lebenszykluskosten erfolgt im Rahmen BNB-Zertifizierung, Lüftungsanlage in Abhängigkeit von Personenbelegung Forderung des Gesundheitsamtes, Folgekosten ergeben sich, im Rahmen BNB-Zertifizierung erfolgen sicher noch Wirtschaftlichkeitsberechnungen für einzelne Wärmeversorgungsvarianten, im Rahmen der BNB-Bewertung erfolgte eine Berechnung der Lebenszykluskosten, diese werden mit der weiteren Planung angeglichen, Bestandteil der Entwurfsplanung ist vereinfachte Darstellung der zukünftigen Baunutzungskosten, Bewertung für BNB noch in Arbeit, entsprechende vorliegende Berechnungen werden nachgereicht
- Möglichkeit Montage Deckenstrahlheizung – höhere Investitionskosten, vermindert jedoch nicht die Verbrauchskosten, Fernwärmeanschluss und entsprechendes Heizungssystem sind vorhanden
- Einsatz Smartboard
- Flächenbedarf der Außenlüftung-möglichst geringe Verkleinerung der Fensterflächen –
- Nachfrage Investitionskosten 2024 – Differenz 1.215.000 Euro wird konkret zugeordnet, entsprechende Aussage zum Kreisausschuss
- Änderung der Kapazität mit Erweiterung/Sanierung – Erhöhung der Schülerzahlen nicht geplant
- behindertengerechte Ausstattung mit Fahrstuhl – Fahrstuhl eingeplant

einstimmig zugestimmt

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0

Zu TOP 8 Information zur Umsetzung des Klimaschutzkonzepts

Es war kein Vertreter des zuständigen Dezernates anwesend.
Auf Anregung von Herrn Gehm wurde der Punkt auf die nächste Sitzung verschoben.

Zu TOP 9 Vorbereitung der nächsten Sitzung

Folgende Themen wurde vorgeschlagen:

- Information zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes
- Anfrage zur Notwendigkeit des Abrisses des alten Finanzamtes in Fürstenwalde – Grundstück wurde dem Landkreis als Schulstandort übergeben, Machbarkeitsstudie zur Prüfung der Eignung als Schulstandort, Bedarf Verwaltungsgebäude in Fürstenwalde besteht – ohne konkrete Angaben, Planung der Grundschule läuft – Bedarf in Fürstenwalde besteht, Verschiebung der Planung der Grundschule zugunsten einer Bedarfsermittlung für ein Verwaltungsgebäude nicht vertretbar
- Stand Breitbandausbau (abgeleitet vom aktuellen Baustand in Neuzelle)

Torsten Noack
1. Stellvertreter des Ausschusses
für Bauen, Ordnung und Umwelt

Andrea Wickfelder
Schriftführerin